

1 **Resolutionen für die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND**
2 **Baden-Württemberg, Schwäbisch Gmünd 2010**
3 **Vorschlag des Landesvorstands:**
4 **Thematische Positionierungen hinsichtlich der Landtagswahl 2011**
5 -----
6
7

8 **I) Schluss mit Schwarz-Gelbem Konservatismus – junggrüne Ideen braucht das**
9 **Land!**

10
11
12 Schwarz-Gelb abwracken!

13
14 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat keine Antworten auf die drängendsten Probleme in Baden-Württemberg
15 geliefert. Die Bildungspolitik, eine der wichtigsten Landeskompetenzen, war in erster Linie von Ignoranz gegenüber der
16 Notwendigkeit von Veränderungen geprägt. Der berechtigte Protest der HauptschullehrerInnen wurde erstickt, anstatt
17 Antworten wurden Maulkörbe verteilt. Auf die Bildungsproteste der vergangenen Jahre, die auf die unhaltbare Situation
18 an den Schulen und Hochschulen im Land hinwiesen, wurde mit Gesprächen ohne Ergebnisse reagiert. Die Asyl- und
19 Flüchtlingspolitik war jahrelang von Inhumanität geprägt, Kettenduldungen und Abschiebungen gehörten zur gängigen
20 Praxis. Mit dem Entwurf zum Versammlungsgesetz 2008, das mittlerweile vom Bundesverfassungsgericht gestoppt
21 wurde, hat die schwarz-gelbe Landesregierung bewiesen, dass sie nicht davor zurückschreckt, demokratische
22 Grundrechte in Frage zu stellen. Mit der Atomwirtschaft hat sie gefährliche und schmutzige Geschäfte getrieben, der
23 Schrottreaktor Neckarwestheim ist nach wie vor am Netz. Eine ökologische und solidarische Ausrichtung der Wirtschaft
24 wurde verschlafen, stattdessen versenkt Schwarz-Gelb mit der Unterstützung der SPD Landesgelder im Milliardengrab
25 Stuttgart 21.

26 Personell hat die Südwest-CDU mit Mappus einen Vertreter ihres Rechts-außen-Flügels an ihre Spitze und zum neuen
27 Ministerpräsidenten gewählt. Geriet er vor seiner Ernennung noch mit homophoben und nationalistischen Äußerungen
28 in die Presse, schlägt er seitdem sanftere Töne an. Dennoch steht er mit seinen erzkonservativen Überzeugungen für ein
29 Baden-Württemberg aus längst vergangenen Tagen. Mit der neuen Kultusministerin Marion Schick hat er seinem
30 Kabinett ein Feigenblatt verpasst, das über die Missstände und das blinde Festhalten längst überholter Konzepte in der
31 Bildungspolitik hinwegtäuschen soll. Wir lassen uns von dieser Verschleierungstaktik nicht beirren und entlarven
32 Schwarz-Gelb als das, was es ist: eine rückwärtsgewandte Blockaderegierung, die Neuerungen in Baden-Württemberg
33 in allen dringenden Bereichen mit ihrer Politik diametral entgegensteht.
34
35

36 Junggrüne Ideen für Baden-Württemberg!
37

38 Wir setzen der rückwärtsgewandten Politik von Schwarz-Gelb eine Politik der Veränderung entgegen. Baden-
39 Württemberg braucht dringend einen sozial-ökologischen Aufbruch: Für ökologische Modernisierung und soziale
40 Verantwortung! Wir wollen in der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Krise die Kraft und Kreativität
41 aufbringen, einen Neubeginn zu schaffen. Wir sind uns sicher, dass die Menschen in Baden-Württemberg zu
42 Veränderungen für eine bessere Zukunft bereit sind und sie sogar längst erwarten.
43

44 Wir setzen auf eine echte Bildungsrevolution für mehr Gerechtigkeit: Wir wollen gleichberechtigte Teilhabe an Bildung
45 anstatt Ausgrenzung nach der vierten Klasse. Wir wollen Hochschulen für Alle anstatt für die Elite!

46 Wir setzen auf ein weltoffenes und tolerantes Baden-Württemberg: Flüchtlingspolitik muss human gestaltet werden und
47 als wichtige Landeskompetenz endlich auf die tagespolitische Agenda der Landesregierung!

48 Wir setzen auf ökologische Modernisierung und solidarische Erneuerung: Wir wollen die Energiewende in Baden-
49 Württemberg und einen Arbeitsmarkt, der sozial und nachhaltig gestaltet ist.
50

51 Wir setzen uns für eine Wahlrechtsreform ein. Das geltende Wahlrechts mit dem Ein-Stimmen-Prinzip, wie es in Baden-
52 Württemberg praktiziert wird, benachteiligt kleine Parteien und junge, insbesondere weibliche KandidatInnen. Wenn
53 der Landtag den Anspruch hat, ein Spiegel der baden-württembergischen Gesellschaft zu sein, dann ist es höchste Zeit
54 für eine Reform des Landtagswahlrechts, die diesen Namen auch verdient. Das Durchschnittsalter der Abgeordneten des
55 Landtags liegt heute in allen Fraktionen deutlich über 50 Jahren und lediglich 23,7 Prozent aller Abgeordneten sind
56 Frauen. Auch die Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund ist mangelhaft. Wir wollen deshalb ein
57 personalisiertes Verhältniswahlrecht mit einem gerechten Auszählverfahren und einer Landesliste. So wäre es den
58 Parteien möglich die Ausgewogenheit beider Geschlechter, jung und alt sowie verschiedene Strömungen der Partei zu
59 repräsentieren! Den gleichen Anspruch stellen wir auch an das Spitzenpersonal der baden-württembergischen Grünen:
60 Wir wollen eine geschlechter-, alters- und strömungsgerechte Darstellung unserer Partei nach Außen!

61 Die Grünen in Baden-Württemberg stehen bei der nächsten Landtagswahl vor großen Herausforderungen.
62 Möglicherweise wird der nächste Landtag ein 5-Parteien-Parlament sein, die Mehrheiten sind trotz der bisherigen
63 Hegemonie von Schwarz-Gelb offen. Für die Grünen ergeben sich dadurch neue Fragen und neue mögliche
64 Konstellationen. Für uns ist allerdings klar: Inhalte gehen immer vor Macht! Grüne Grundwerte dürfen nicht
65 wegverhandelt werden – egal in welcher Koalition. Als wertorientierte, ökologische und emanzipative Partei, die links,
66 freiheitlich und solidarisch ist, riskieren die Grünen jede Glaubwürdigkeit, wenn sie diesen Grundsätzen nicht folgen.

67
68 Gerade in Baden-Württemberg wird es in der Zukunft entscheidend darauf ankommen entlang gemeinsamer Inhalte
69 Mehrheiten für eine neues gesellschaftliches Projekt jenseits des deutschen Konservatismus zu gewinnen. Es kann für
70 uns Grüne auf Dauer keine Option sein, dass die CDU in Baden-Württemberg - quasi einem ungeschriebenen Gesetz
71 folgend - immer an der Regierung beteiligt ist. Es ist deshalb – auch über die Landtagswahl hinaus – unsere Aufgabe,
72 neue Mehrheiten möglich zu machen!

73
74 Im anstehenden Landtagswahlkampf werden wir gegen eine Laufzeitverlängerung für Schwarz-Gelb streiten.
75 Wir wollen starke Grüne – damit sich was ändert!

76
77
78

79 **II) Resolution Bildung**

80

81 Bildung stellt wichtige Weichen für die Entwicklung eines Menschen. Zugang zu guter Bildung ist eine Frage der
82 sozialen Gerechtigkeit und der gesellschaftlichen Teilhabe. Spätestens seit PISA wissen wir: Deutschland braucht
83 bessere Bildung, um sowohl leistungsfähiger als auch gerechter zu werden – Bildung von Anfang an in besseren Kitas,
84 in einer neuen Schule mit längerem gemeinsamen Lernen und in postmodernen Hochschulen. Alle
85 Bildungseinrichtungen, von der Kita bis zur Hochschule, sollen kostenfrei sein – finanziert über Steuermittel. Das ist
86 unsere Vorstellung einer solidarischen Bildungspolitik.

87

88 **a) Frühkindliche Bildung: Auf den Anfang kommt es an!**

89

90 Lebenslanges Lernen endet nicht mit dem Schulabschluss, beginnt aber auch nicht erst mit der Einschulung. In der
91 Form des spielerischen Lernens kann Bildung bereits frühzeitig in den Kindergärten und Kinderkrippen vermittelt
92 werden. Dabei darf es aber nicht um die ökonomische Verwertbarkeit der Ausbildung, sondern allein um die Förderung
93 des ForscherInnen- und Wissensdranges der Kinder gehen. Es muss darauf geachtet werden, dass keine Verschulung der
94 Betreuungseinrichtungen stattfindet.

95 In Kindertagesstätten sollen Kinder aus verschiedenen sozialen Milieus gemeinsam aufwachsen. Jedes Kind hat ein
96 Recht auf Spielen und Lernen in der Gruppe. Wir meinen, dass wenn möglichst alle Kinder eine Betreuungseinrichtung
97 besuchen, soziale Schiefen ausgeglichen werden können, denn alle Kinder sollen dieselbe Grundlage für das Lernen
98 und für die Entfaltung ihrer Persönlichkeit bekommen.

99 Die Erziehungsverantwortung lastet auch heute noch meist auf den Schultern der Mütter. Die Verantwortung für die
100 Jüngsten unseres Landes sollte aber von der Gesellschaft und vor allem von den Vätern geteilt werden, damit Frauen
101 einen Beruf erlernen oder ihrer bisherigen Arbeit weiter nachgehen können.

102 Auch um materieller und kultureller Armut entgegenzuwirken ist es wichtig, dass allen Kindern der Besuch einer
103 Kindertagesstätte kostenlos ermöglicht wird.

104

105 **Mehr Kinderbetreuung!**

106 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert deshalb einen zügigen Ausbau der Betreuungsangebote, besonders
107 für Kinder zwischen null und drei Jahren. Der ab 2013 geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder
108 ab einem Jahr ist durch die Politik der derzeitigen Landesregierung akut gefährdet. In Baden-Württemberg gibt es für
109 nur 13,7% der unter Dreijährigen ein Betreuungsangebot, während der Bundesdurchschnitt 17,8% beträgt. ExpertInnen
110 schätzen den Bedarf für 2013 auf mindestens 35%, d. h. die Kapazitäten müssen in den nächsten 3 Jahren mehr als
111 verdoppelt werden.¹ Daher muss Schluss sein mit der Steinzeitfamilienpolitik von Schwarz-Gelb. Der Ausbau von
112 Kinderbetreuungsmöglichkeiten muss jetzt vorangetrieben werden. Dazu soll im Landeshaushalt deutlich mehr Geld zu
113 Verfügung gestellt werden. Mit Hilfe der Anpassung des Betriebskostenzuschusses wollen wir Kinderkrippen und
114 Kindergärten gleichstellen. Die Kommunen benötigen dringend die Unterstützung des Landes, da ihre Haushalte durch
115 die Wirtschaftskrise und die schwarz-gelben Steuergeschenke in einem desolaten Zustand sind. Die GRÜNE JUGEND
116 Baden-Württemberg fordert eine Umwidmung des Landeserziehungsgeldes für den Ausbau von Kindertagesstätten.
117 Bei dem flächendeckenden Ausbau der Betreuungsangebote muss darauf geachtet werden, dass diese auch mit der
118 Lebenswirklichkeit von Paaren und Alleinerziehenden kompatibel sind. Die Kindertagesstätten müssen bei

1 1 Bedarfsschätzungen und Zahlen siehe Bertelsmann Stiftung, Länderreport frühkindliche Bildungssysteme 2009,
2 Baden-Württemberg, http://www.laendermonitor.de/#id=3_0_0.

119 ausreichenden Kernzeiten und Ganztagsangeboten, flexible Bring- und Holzeiten aufweisen. Deshalb fordert die
120 GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg als ergänzendes Qualitätsmerkmal zu der Betreuungsquote einen gesetzlich
121 verankerten Mindestumfang an Betreuungsstunden.

122 **Bessere Kinderbetreuung!**

124 Doch allein der zahlenmäßige Ausbau der Kinderbetreuung reicht nicht aus. Quantität und Qualität müssen
125 gleichermaßen verbessert werden, um dem hohen Bildungsanspruch unserer Gesellschaft gerecht zu werden und um die
126 Eltern vom Sinn eines KiTa-Besuchs ihrer Kinder zu überzeugen. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg hält bei
127 der Weiterentwicklung von KiTas folgende Aspekte für besonders wichtig:

- 128 • **Aufwertung des ErzieherInnenberufs:** Die Ausbildung soll reformiert werden und mehr Kompetenzen aus
129 verschiedenen Wissenschaftsbereichen vermitteln. Durch eine bessere Vergütung der Erziehungsarbeit kann
130 der ErzieherInnenberuf für mehr Menschen, insbesondere für Männer, attraktiver gemacht werden. Dies ist
131 fundamental, da die moderne Kindertagesstätte einen Personalmix aus Männern, Frauen, Menschen mit und
132 ohne Migrationshintergrund und verschiedener Professionen benötigt, um die umfassenden Aufgaben
133 bewältigen zu können.
- 134 • **Personelle Ausstattung:** Um die Betreuung der Kinder auch personell gewährleisten zu können, fordert die
135 GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels auf 1:3 für unter
136 Dreijährige und auf 1:7,5 für über Dreijährige (Ist: 1:5,4; 1:8,9).
- 137 • **Sprachförderung:** Eine essentielle Aufgabe der Kindertagesstätten, da das Beherrschen der deutschen
138 Sprache eine grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und den späteren Bildungserfolg ist.
139 ErzieherInnen müssen für diese verantwortungsvolle Aufgabe speziell ausgebildet werden.
- 140 • **Räume für freie Bewegung und Begegnung in und mit der Natur:** Diese werden immer kleiner, gleichzeitig
141 nimmt der Medienkonsum im Kindesalter zu. In den Kindertagesstätten muss der Umgang mit Medien erlernt
142 und geübt werden, aber auch genügend Raum für Bewegung und Naturbegegnung und -erlebnis zur Verfügung
143 stehen. In diesem Zusammenhang erachten wir es als notwendig, ganzheitliche Konzepte, wie die des Wald-,
144 Waldorf- oder Montessorikindergartens, in den herkömmlichen KiTa-Betrieb zu integrieren. Außerdem sollte
145 in den KiTas ein Bewusstsein für gesunde Ernährung geschaffen werden.
- 146 • **Gesellschaftliche und emotionale Kompetenzen:** Im Kindesalter werden Geschlechterrollen angelegt und
147 damit hierarchische Geschlechterverhältnisse in der Gesellschaft reproduziert. Die GRÜNE JUGEND Baden-
148 Württemberg setzt sich deshalb für Gender Mainstreaming in Kindergärten ein. Kinder sollen frei von
149 Rollenzwängen eine eigene Identität finden und entwickeln können. ErzieherInnen müssen speziell geschult
150 werden, um zu verhindern, dass bestimmte Stereotype - wie auch die Heteronormativität - unhinterfragt weiter
151 reproduziert werden.
- 152 • **Teilhabe und Partizipation:** Sollte schon in der KiTa selbstverständlich sein. Kindern muss ein Bewusstsein
153 für die Notwendigkeit und Wirkung ihrer Partizipation vermittelt werden. Es soll ein Klima vorherrschen, in
154 dem sich die Kinder für ihre eigenen Belange und die der Gemeinschaft verantwortlich fühlen. Dazu gehört
155 auch die Kompetenz, für die eigenen Interessen und Meinungen zu streiten, gemeinsam getroffene
156 Entscheidung aber auch akzeptieren zu können. Eine große Rolle muss hierbei auch gewaltfreie
157 Konfliktaustragung und die Sensibilisierung für religiöse und kulturelle Unterschiede spielen. Deshalb setzt
158 sich die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg für die flächendeckende Umsetzung von Projekten wie
159 „offener Kindergarten“² oder "partizipative KiTa" ein. Das „Recht Rechte zu haben“ muss strukturell verankert
160 werden, sodass Partizipationsmöglichkeiten nicht täglich neu von der Willkür der Erwachsenen abhängig sind.
- 161 • **Kooperation zwischen Kindergärten und Schulen:** Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg sieht beide
162 Institutionen in einer gemeinsamen Verantwortung für die Förderung der Kinder, was einen fließenden und
163 individuellen Übergang beinhaltet.
- 164 • Die Grüne Jugend Baden-Württemberg hält die Einführung von Verfahren zur Überprüfung der
165 Qualitätsentwicklung in KiTas für unumgänglich. Anders als in vielen anderen Bundesländern bestehen in
166 Baden-Württemberg keine Vorschriften zur systematischen Selbst- oder Fremdevaluation.

167 **b) Schule: Modern, fair und demokratisch machen!**

169 **Schule muss Spaß machen**

171 Es ist unbestritten, dass Kinder besonders gut lernen, wenn sie Spaß dabei haben. Wie das geht, zeigen uns die
172 skandinavischen Schulen. Während sich Baden-Württemberg im PISA-Vergleich nur im Mittelfeld befindet, sind die
173 skandinavischen Länder SpitzenreiterInnen.

3 2 Dem offenen Kindergarten liegt das Partizipationsverständnis zu Grunde, dass alle Betroffenen gemeinsam ihre
4 Umwelt gestalten können. Kinder müssen nicht ständig stimuliert werden, sondern entscheiden sich selbstbestimmt für
5 Spielgruppen und Aktivitäten. Über kindgerechte Beteiligungsformen befassen sie sich mit wichtigen Angelegenheiten
6 der KiTa. PädagogInnen werden nach diesem Ansatz weniger als „ErzieherInnen“ betrachtet sondern als
7 ModeratorInnen, die Hilfestellungen anbieten.

174 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg strebt eine Schule an, die Freiraum bietet, die Angebote an ihre
175 SchülerInnen macht und die die LehrerInnen als LernbegleiterInnen sieht, die den SchülerInnen zur Seite stehen und sie
176 in ihrer eigenen Entwicklung unterstützen. Das bisherige Schulsystem ist demotivierend und setzt die SchülerInnen
177 unter enormen Druck. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg spricht sich deshalb gegen das Sitzenbleiben und die
178 Bewertung durch Schulnoten aus. Die Anerkennung individueller Fähigkeiten, längeres gemeinsames Lernen und
179 individuelle Förderung schaffen ein großartiges Lernklima.

180

181 **Der Schule einen menschlichen Rhythmus geben**

182 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert ein dichtes und bedarfsgerechtes Netz von Ganztageschulen.
183 Ganztageschulen sind insbesondere an sozialen Brennpunkten wichtig, um lernschwache Schülerinnen und Schüler zu
184 integrieren. Sie bieten neue und bessere Möglichkeiten der individuellen Förderung und Betreuung. Sie stellen damit
185 eine äußerst wichtige Einrichtung dar, um langfristig das allgemeine Bildungsniveau anzuheben und die sozialen
186 Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Der Stundenplan einer Ganztageschule darf jedoch nicht mit
187 zusätzlichen Stunden der typischen „Frontalunterrichtsstunden“ aufgefüllt werden, sondern Fächer wie Kunst, Musik,
188 Sport und Handwerk müssen den Schulalltag bereichern. Das Geheimnis, auch inhaltlicher Verbesserungen, liegt in
189 einem rhythmisierten Tagesablauf, der sich an den Leistungskurven der Kinder orientiert. Wer stundenlang still sitzen
190 muss, freut sich auf ein bewegungsreiches und kreatives Fach und umgekehrt - nur der richtige Ausgleich zwischen
191 kognitiven, kreativen und bewegungsintensiven Fächern sorgt für einen reichen Schulalltag. Vielfältige sportliche,
192 musische und kulturelle Angebote können die Schule zu einem Lern- und Lebensort machen.

193

194 **Schule muss chancengerecht sein**

195 In Deutschland ist der Bildungserfolg eng an die familiäre Herkunft gekoppelt: Kinder aus sozial schwachen Familien
196 und aus Familien mit Migrationshintergrund werden strukturell diskriminiert. Zwischen 1985 und 2006 schafften es 30
197 Prozent der deutschen Schüler auf ein Gymnasium, hingegen nur neun Prozent der Schüler mit nicht-deutscher
198 Staatsangehörigkeit. Und während etwa zwei Drittel der ausländischen Schüler auf die Hauptschule wechselten, waren
199 es bei deutschen Schülern 42 Prozent. Außerdem ist das Risiko für Schüler nicht-deutscher Herkunft, an eine
200 Sonderschule überwiesen zu werden, doppelt so hoch. Die frühe Trennung im dreigliedrigen Schulsystem zementiert
201 die Auswirkungen sozialer Herkunft für die SchülerInnen und raubt ihnen Zukunftschancen. Unser Schulsystem darf
202 nicht länger Spitzenreiter in sozialer Auslese bleiben, sondern es muss individuelle Förderung, Chancengerechtigkeit
203 und Aufstiegsmöglichkeiten für alle ermöglichen. Deshalb müssen wir die frühe Trennung der Kinder nach der
204 Grundschule überwinden. Die Aufteilung in die weiterführenden Schulen verläuft angeblich nach den Fähigkeiten der
205 Kinder, eigentlich jedoch ist die soziale Herkunft mitentscheidend. Schließlich hat das Kind eines Arztes eine mehr als
206 zweieinhalb Mal so große Chance eine Gymnasialempfehlung zu erhalten, wie das Kind einer Verkäuferin – bei
207 gleichen kognitiven Fähigkeiten und Leseleistungen. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert längeres
208 gemeinsames Lernen. Aber die Kinder müssen nicht nur länger gemeinsam lernen, sie müssen vor allem individuell
209 gefördert werden.

210

211 **Eine Schule für alle**

212 Die Idee eines Schulsystems mit drei Schulformen ist verstaubt und unbrauchbar geworden, sie wird den
213 unterschiedlichen Begabungen der SchülerInnen nicht gerecht. Dass es unterschiedliche Fähigkeiten gibt steht außer
214 Frage, wie man jedoch mit diesen Unterschieden umgeht, haben die konservativen Anhänger des dreigliedrigen
215 Schulsystems nicht verstanden.

216 Eine Schule für alle macht Schluss mit dem Mythos von vermeintlich "leistungshomogenen" Gruppen. Wer die
217 Unterschiedlichkeit und Vielfalt der SchülerInnen ernst nimmt, der versucht nicht diese in verschiedene Kategorien zu
218 pressen. Wir setzen uns gegen das Aussortieren in Förder- und Sonderschulen ein. Es widerspricht nicht nur dem „UN-
219 Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“, sondern nimmt auch den anderen Kindern die
220 Möglichkeit, mit und von den Kindern mit Behinderung zu lernen.

221

222 **Schule privat?**

223 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg lehnt Privatschulen ab. Statt wenigen guten Schulen für Reiche, wollen wir
224 eine gute Schule für Alle. Reformpädagogische Ansätze, wie die von Waldorf und Montessori, sollen an staatlichen
225 Schulen übernommen werden - damit alle von Ihnen profitieren können und nicht nur die Kinder weniger.

226

227

228 **c) Hochschule der Zukunft – offen, demokratisch, solidarisch und ökologisch!**

229

230 Die Bildungsproteste des vergangenen Jahres haben erneut gezeigt – an baden-württembergischen Hochschulen mangelt
231 es an öffentlichen Geldern, an guter Lehre, an einer ausgereiften Umsetzung des Bologna-Prozesses und an
232 demokratischer Mitbestimmung. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg kritisiert diese Zustände aufs Schärfste
233 und solidarisiert sich mit den Bildungsstreikenden.

234 Eine Universität darf kein Brutkasten für ein neoliberales Wirtschaftssystem sein. Die Hochschule der Zukunft ist offen:
235 für verschiedene Weltanschauungen, Religionen, Kulturen und Forschungsdisziplinen. Sie ist demokratisch:

236 Entscheidungen müssen basisdemokratisch und transparent gefällt werden, anstatt in dunklen Hinterzimmern. Sie ist
237 solidarisch: Studieren muss gebührenfrei sein, damit Jede und Jeder die Möglichkeit hat, an Wissen teilzuhaben. Sie ist
238 ökologisch: Denn nur wer nachhaltig forscht und lehrt, macht Erkenntnisse von Heute auch noch für Morgen nutzbar.

239
240 Daher fordert die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg:

241
242 Zugang für Alle anstatt nur für die Elite!

- 243 • Die Abschaffung der Studiengebühren, sowie die Finanzierung der Hochschulen durch Land und Bund.
- 244 • Die Abkehr von einem Bachelorabschluss als Regelstudienabschluss – Masterplätze für Alle!
- 245 • Die Möglichkeit der Aufnahme eines Studiums auch ohne Abitur und Fachhochschulreife..
- 246 • Ein Eltern- und Altersunabhängiges Bafög.

247 Demokratie statt Klüngelrunden!

- 248 • Die Einführung der verfassten Studierendenschaft mit allgemeinpolitischem Mandat (ohne drop-out-Option für
249 Studierende).
- 250 • Die Wahl des Rektors/ der Rektorin von allen Angehörigen einer Universität.
- 251 • Die paritätische Besetzung aller universitären Gremien.³
- 252 • Die Abschaffung des Hochschulrates in seiner bisherigen Form und die Ersetzung durch ein beratendes
253 Kuratorium (mit VertreterInnen aus allen gesellschaftlichen Bereichen).

254 Ausgereifte Umsetzung des Bologna-Prozesses:

- 255 • Die reflektierte Überarbeitung des Bologna-Prozesses in aktiver Zusammenarbeit mit den Studierenden.
- 256 • Die Möglichkeit, das Studium inhaltlich und formal individuell gestalten und eigene Interessen vertiefen zu
257 können.
- 258 • Die Sicherung der nationalen und internationalen Mobilität im Studium.

259 Universität als Ort des Zusammenlebens anstatt der Ausgrenzung:

- 260 • Barrierefreien Zugang zu allen universitären Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen.
- 261 • Geschlechtergerechte Forschung: Frauenfördermaßnahmen für Promotionen und Habilitationen sowie
262 Einstellung von Frauen bei gleicher Qualifikation, bis eine Geschlechterparität in der Forschung erreicht ist.
- 263 • Den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen an der Hochschule.
- 264 • Das Verbot von Tierversuchen zu Forschungszwecken.
- 265 • Eine Zivilklausel für alle Hochschulen: keine Rüstungsforschung an Universitäten!
- 266 • Die nachhaltige Ausgestaltung von universitären Einrichtungen: Vegetarisches/ veganes Essen in Mensas, Öko-
267 Papier für die Kopierer und eine nachhaltige Sanierung der Hochschulgebäude.

268
269
270

271 **III) Resolution „Asylrecht“**

272
273 **Die Festung Europa einreißen**

274 Nur noch wenige Flüchtlinge schaffen den Weg nach Deutschland: In den letzten Jahren sind die Asylzugangszahlen
275 massiv gesunken und befinden sich heute auf einem historischen Tiefstand. Während vor zehn Jahren noch über
276 100.000 Flüchtlinge Schutz in Deutschland gesucht haben, waren es im Jahr 2009 nur noch knapp 33.000 Menschen.⁴
277 Der Grund dafür ist leider nicht, dass sich die weltweiten Flüchtlingsströme verringern würden - ganz im Gegenteil
278 werden die Fluchtgründe wie Kriege, Verfolgung, Gewalt oder Umweltkatastrophen immer vielfältiger. Es ist eine
279 perfide Strategie der repressiven Abschottung: Europa wird zu einer Festung der Unmenschlichkeit umgebaut. Und sind
280 bereits die EU-Außengrenzen für Asylsuchende eine kaum überwindbare Hürde, ist es aufgrund der sogenannten Dritt-

8 3 Wir fordern die Viertel-Parität zwischen ProfessorInnen, akademischem Mittelbau, Angestellten und Studierenden an
9 der Universität.

10 4 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge:

11 [http://www.bamf.de/nn_442496/SharedDocs/Anlagen/DE/DasBAMF/Downloads/Statistik/statistik-anlage-teil-4-
aktuelle-zahlen-zu-asyl.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/statistik-anlage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.pdf](http://www.bamf.de/nn_442496/SharedDocs/Anlagen/DE/DasBAMF/Downloads/Statistik/statistik-anlage-teil-4-
12 aktuelle-zahlen-zu-asyl.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/statistik-anlage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.pdf)

281 Staaten-Regelung⁵ erst recht unmöglich, in Deutschland Schutz zu suchen.

282

283 **Flüchtlinge schützen statt bekämpfen**

284 Doch auch diejenigen, die es auf ihrer Flucht nach Deutschland schaffen, erwartet hier statt Schutz und Hilfestellung ein
285 Klima, das von Abweisung, Misstrauen und Stigmatisierung geprägt ist. Wer in Deutschland Asyl beantragt, befindet
286 sich oft auf Jahre in einer Art Paralleluniversum, in dem es primär darum geht, die Erlaubnis, überhaupt anwesend sein
287 zu dürfen, zu überprüfen. Die bestehenden gesetzlichen Auflagen im Asylverfahren sind ein technokratisch begründetes
288 System der gesellschaftlichen Isolation, der Diskriminierung und Ausgrenzung. Die GRÜNE JUGEND Baden-
289 Württemberg verurteilt diese menschenunwürdige Abschottungslogik: Flüchtlinge sind Opfer von Krieg,
290 Traumatisierung und Verfolgung, die sich auf einen unfreiwilligen Leidensweg aus ihren Heimatländern begeben
291 mussten. Es ist deshalb ein Gebot der Menschlichkeit sich dieser Menschen anzunehmen anstatt sie zu bekämpfen!

292

293 **Für eine humane Flüchtlings- und Asylpolitik**

294 Es ist leider festzustellen, dass das Bewusstsein für die schwierige Situation von Flüchtlingen in der Bevölkerung kaum
295 verbreitet ist. Die meisten Menschen, die zufällig von den inhumanen Praktiken der deutschen Flüchtlings- und
296 Asylpolitik erfahren, sind erst ungläubig, dann - zurecht - erschrocken und empört. Die GRÜNE JUGEND Baden-
297 Württemberg möchte deshalb im Landtagswahlkampf 2011 und auch darüber hinaus für die Belange von
298 Asylsuchenden in unserem Bundesland eintreten und die längst überfällige humane Wende im Umgang mit
299 Flüchtlingen einfordern – in den Köpfen und in der Politik. Wir sehen uns hier an der Seite der Flüchtlingsverbände und
300 -initiativen, der Kirchen und der zahllosen BürgerInnen, die auf kommunaler Ebene versuchen, die staatliche
301 Diskriminierung von Flüchtlingen abzumildern.

302

303 **Abschiebung – Armutszeugnis für den Rechtsstaat**

304 Kontinuierlich werden Menschen aus Deutschland abgeschoben. Ohne große Aufmerksamkeit zu erregen werden dieses
305 Jahr zum Beispiel, durch das Rückübernahmeabkommen Deutschland-Pristina, ca. 15.000 Personen, darunter ca.
306 10.000 Roma in den Kosovo abgeschoben werden.⁶ In Baden-Württemberg sind davon ca. 1.200 Menschen
307 betroffen. Viele von ihnen leben bereits in der zweiten Generation hier, sind in der hiesigen Gesellschaft zu Hause und
308 werden in die Fremde abgeschoben. Ebenfalls sind 7.000 Personen aus Syrien von Abschiebung und damit von
309 Verfolgung und möglicher Inhaftierung in Syrien bedroht. Die humanitäre Situation in den Zielländern wird häufig
310 ignoriert oder heruntergespielt.⁷

311 Im Gegensatz zu den stark fallenden Zahlen bei Asylanträgen hat sich bei der Abschiebep Praxis kaum etwas getan. Es
312 wird fleißig abgeschoben, oft unter Beteiligung privater Firmen. So hat zum Beispiel die Pandi Services J. & K. Brons
313 GmbH mit Sitz in Bremen im Auftrag des Landes Baden-Württemberg im Mai 2005 für einen Betrag von über 90.000
314 Euro eine Sammelabschiebung von 25 Personen nach Kamerun abgewickelt.⁸ Ein Staat, der Firmen anstellt, um
315 unliebsame Menschen unter Zwang in Kriegs- und Krisenregionen zu fliegen, ist kein Rechtsstaat! Die GRÜNE
316 JUGEND Baden-Württemberg fordert deshalb ein sofortiges Ende der bisherigen Abschiebep Praxis. Wer hier leben will,
317 soll hier leben dürfen – erst recht, wenn sie/er hier Schutz sucht! Wir wehren uns gegen die Verharmlosung der
318 Abschiebep Praxis durch Wörter wie „Rückführung“. So lange die Landesregierung die Menschenwürde selektiv
319 beachtet, werden wir dagegen protestieren.

320

321 **Kein Mensch ist illegal: Abschaffung der Duldungsregelung**

322 Unter ständiger Angst vor der Abschiebung müssen in Deutschland knapp 200.000 Menschen mit dem Status der
323 Duldung leben. Sie haben kein Bleiberecht, sondern nur vorübergehendes Aufenthaltsrecht. Arbeitsaufnahme,
324 Wohnungssuche und soziales Leben werden dadurch ausgeschlossen. Durch Kettenduldungen kommt es dazu, dass
325 Geduldete jahrelang ohne echten Status leben und sich in ständiger Unsicherheit befinden. Diese staatliche Schikane ist
326 ein Skandal. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert die sofortige Abschaffung der Duldungsregelung: Kein
327 Mensch ist illegal!

328

329 **Das Lagerland Baden-Württemberg dicht machen**

330 In Baden-Württemberg sind Flüchtlinge während ihres Asylverfahrens und im ersten Jahr nach Abschluss des
331 Asylverfahrens mit einer Duldung verpflichtet, in einer zugewiesenen Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen. So schreibt
332 es das baden-württembergische Flüchtlingsaufnahmegesetz vor. Es gibt in unserem Bundesland 110 dieser sogenannten
333 Gemeinschaftsunterkünfte, die sich über fast alle Landkreise verteilen und zumeist in einem erbärmlichen Zustand sind.

13 5 Die Dritt-Staaten-Regelung ist eine Regelung im Asylrecht, nach der Personen, die im Ursprungsstaat zwar politisch
14 verfolgt wurden, aber über einen für sie sicheren Drittstaat einreisen, nicht das Recht auf Asyl wegen politischer
15 Verfolgung geltend machen dürfen. Menschen, die Asyl in der Bundesrepublik Deutschland suchen, aber über fremde
16 Länder einreisen, in denen keine politische Verfolgung stattfindet, haben seit 1993 keine Möglichkeit mehr, als
17 Asylberechtigte anerkannt zu werden.

18 6 Siehe <http://www.aktionbleiberecht.de/?p=1112>

19 7 Zahlen des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg: www.fluechtlingsrat-bw.de

20 8 Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg: http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/themen/dok/306/306640.ab_nach_afrika.html

333 Den ca. 4.800 Flüchtlingen in diesen Unterkünften stehen nur 4,5 m² pro Person zu. In vielen Landkreisen stehen sie
334 abseits des öffentlichen Lebens, fernab von Einkaufsmöglichkeiten, Schulen, Kindergärten und ohne oder bestenfalls
335 schlechter Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel. Die Lager verhindern die Integration der dort lebenden Menschen
336 und tragen zur Stigmatisierung von Flüchtlingen bei. Der Alltag im Lager ist gekennzeichnet von Überwachung,
337 Besuchskontrollen und fehlenden Rückzugsmöglichkeiten, die für die dort zwangsuntergebrachten Menschen psychisch
338 und gesundheitlich stark belastend sind.

339 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert ein sofortiges Ende der rigiden Lagerunterbringung. Einige Städte
340 wie Berlin, Cottbus oder Leverkusen machen vor, dass es unter Ausschöpfung der bereits bestehenden
341 Gesetzesspielräume eine menschenwürdige Alternative gibt, nämlich die Bereitstellung von Wohnungen für
342 Asylsuchende. Bei der Belegung solcher Wohnungen muss auf kulturelle und religiöse Zugehörigkeit geachtet werden.
343 Zudem soll durch SozialarbeiterInnen und PsychologInnen eine angemessene Betreuung der Flüchtlinge gewährleistet
344 werden. Statt Ausgrenzung und Ghettobildung zu forcieren, setzen wir uns für vielfältige Integrations- und
345 Beschäftigungsangebote ein.

346 347 **Nicht Sicherheit vor Flüchtlingen, sondern für Flüchtlinge**

348 In der öffentlichen Debatte und in einigen Medien werden Flüchtlinge oft als Risikofaktor für Deutschland eingestuft.
349 Solche rassistischen Äußerungen weist die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg entschieden zurück! Vielmehr ist es
350 so, dass Flüchtlinge in Deutschland in Gefahr leben und nicht zuletzt wegen ihrer örtlich konzentrierten
351 Zwangsansiedlung dem Risiko ausgesetzt sind, von Rechtsextremen angegriffen zu werden - ganz zu schweigen von
352 den sogenannten No-Go-Areas, in denen Menschen anderer Hautfarbe keinen Schritt mehr wagen können, ohne um ihre
353 körperliche Unversehrtheit fürchten zu müssen. Auch deshalb fordern wir eine dezentrale Ansiedlung mit freier
354 Wohnortwahl für Flüchtlinge.

355 356 **Bewegungsfreiheit ist ein Menschenrecht**

357 Bei der so genannten Residenzpflicht für Flüchtlinge handelt es sich um eine Vorschrift, die es Asylsuchenden wie
358 Geduldeten untersagt, ohne schriftliche Erlaubnis den Wirkungsbereich der zuständigen Ausländerbehörde zu verlassen.
359 Verstöße werden mit Geld- oder Freiheitsstrafen geahndet. Diese massive Behinderung der Bewegungsfreiheit für
360 Flüchtlinge, die in ganz Deutschland Anwendung findet, ist eine einmalige Schikane in Europa! Das Untersagen der
361 freien Bewegung im Inland ist ein Skandal und die Kriminalisierung bei einer Übertretung dieser irrsinnigen Vorschrift
362 diskriminiert die Flüchtlinge in hohem Maße.

363 Für die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg gibt es keine Menschen zweiter Klasse. Die Menschen- und
364 BürgerInnenrechte gelten für alle Menschen, überall und zu jeder Zeit. Wir fordern deshalb die unverzügliche
365 Abschaffung der Residenzpflicht. Sie macht den Menschen zum Objekt eines unnachgiebigen, bürokratischen und
366 integrationsfeindlichen Verwaltungsapparats: Fast jede Lebensäußerung wird einer restriktiven gesetzlichen Vorschrift
367 unterworfen. Wer sich in eine Gesellschaft integrieren soll, muss sie kennenlernen können. Das wird Asylsuchenden
368 verwehrt. Menschen, die sich aktiv integrieren wollen und z.B. Bildungsmöglichkeiten außerhalb des zugewiesenen
369 Bereichs wahrnehmen, werden kriminalisiert. Aus Sicht der Polizei macht die Residenzpflicht die Wahrscheinlichkeit,
370 bei fremdländisch aussehenden Menschen eine Straftat nachzuweisen, wahrscheinlich. Das verstärkt Stereotypen bei
371 der Polizei und fördert selektive, diskriminierende Kontrollen, von denen wiederum Stigmatisierungssignale an die
372 Bevölkerung ausgehen.

373 374 **Arbeit zuerst für Deutsche!?**

375 Für Asylsuchende besteht in Deutschland ein Arbeitsverbot. Für Jugendliche bedeutet das Verbot, keine
376 Berufsausbildung machen zu dürfen. Erst nach einem Jahr können Asylsuchende eine Arbeitserlaubnis erhalten, wenn
377 sie einen Arbeitsplatz finden, den niemand anderes haben möchte. Deutsche Staatsangehörige, EU-BürgerInnen und
378 Menschen mit anderen Aufenthaltstiteln haben grundsätzlich Vorrang. Erst nach dieser Vorrangigkeitsprüfung wird eine
379 Arbeitsgenehmigung erteilt. Außerdem muss der Arbeitsplatz in der Nähe des Lagers liegen. Den Forderungen
380 rechtsextremer Parteien entsprechend, besteht das Arbeitsverbot für Flüchtlinge also faktisch fort. Hier zeigt sich auch
381 besonders deutlich, wie schizophren die aktuelle Flüchtlings- und Asylpolitik ist: Einerseits wird Asylsuchenden keine
382 Möglichkeit gegeben, ihr eigenes Geld zu verdienen. Zugleich wird ihnen aber der Vorwurf gemacht, dem Staat „auf der
383 Tasche zu liegen“. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg spricht sich für eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis
384 für Asylsuchende aus.

385 386 **Armut per Gesetz**

387 Die Hilfe zum Lebensunterhalt beträgt 184 Euro im Monat. Das sind nur etwa 50 Prozent des Hartz IV-Regelsatzes für
388 Erwachsene. Erst vor wenigen Monaten hat das Bundesverfassungsgericht geurteilt: „Die Regelleistungen sowohl des
389 Arbeitslosengeldes II für Erwachsene als auch des Sozialgeldes für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres
390 genügen dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht. Die einschlägigen
391 Regelungen des Hartz-IV-Gesetzes sind daher verfassungswidrig.“⁹ - Erst recht menschenunwürdig sind dann die im
392 AsylbewerberInnenleistungsgesetz festgelegten Leistungen! Überdies soll die Hilfe zum Lebensunterhalt als

21 9 Auszug aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts mit dem Aktenzeichen Bundesverfassungsgericht 1 BvL 1/09,
22 1 BvL 3/09 und 1 BvL 4/09

393 Sachleistung ausgezahlt werden. Es gibt Gutscheine, die nur für bestimmte Waren und nur in bestimmten Geschäften
394 gelten, oder willkürlich zusammengestellte Lebensmittelpakete und Textilien aus der Kleiderkammer. Die
395 Bargeldauszahlung ist auf 40 Euro im Monat begrenzt. Eine Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ist
396 schon aus Bargeldmangel praktisch unmöglich.

397 398 **Es wird gegessen, was vom Amt kommt**

399 Die Lebensmittelpakete enthalten nur das „unabdingbar Notwendige“, wie es das Asylbewerberleistungsgesetz
400 vorschreibt. Abgesehen davon, dass den Asylsuchenden auch in einem so existenziellen Lebensbereich wie der eigenen
401 Ernährung jegliche Selbstbestimmung genommen wird, ist vieles für die Flüchtlinge schlichtweg ungenießbar:
402 Allergien, Unverträglichkeiten, persönliche Abneigungen oder religiöse Speisevorschriften werden in aller Regel nicht
403 berücksichtigt. Zur Bevormundung kommt die Tatsache einer schlechten und ungesunden Ernährung hinzu. Die
404 Lebensmittelpakete werden willkürlich, je nach Verfügbarkeit und ohne Rücksicht auf Abwechslung oder
405 Ausgewogenheit der Ernährung zusammengestellt. Diese Sachverpflegung kostet das Land Baden-Württemberg zudem
406 viel mehr Geld als eine Bargeldauszahlung, denn die Lieferfirma und der Transport müssen zusätzlich bezahlt werden.
407 Es wird eine fremdbestimmte Zwangsversorgung der AsylbewerberInnen organisiert, die sie bevormundet und vom
408 Leben in Deutschland abgeschreckt.
409 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert eine Anhebung der Leistungen an Flüchtlinge auf das Niveau der
410 Hartz IV-Regelsätze und deren Auszahlung in Bargeld. Andere Bundesländer machen Letzteres unter Ausnutzung der
411 bestehenden Gesetzeslage bereits vor.

413 **Die Kriminalisierung beenden**

414 Wozu das perverse System aus Isolation, Repression und Kriminalisierung führt, resümiert die Bundesregierung im
415 zweiten periodischen Sicherheitsbericht aus dem Jahr 2005 (S. 64) selbst:
416 *„Asylbewerber begingen 2005 vorwiegend Bagatelldelikte, nämlich Verstöße gegen Residenzpflichten oder andere*
417 *Normen des Ausländerrechts sowie Delikte aus Armut (Ladendiebstahl, Schwarzfahren) als Reflex ihrer*
418 *eingeschränkten Lebensbedingungen.“*
419 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert ein Ende dieser Kriminalisierung durch die Aufhebung gängelnder
420 Bestimmungen des Asylrechts und durch die Schaffung einer menschenwürdigen und existenzsichernden Versorgung
421 von Asylsuchenden.

423 **Härtefälle ernsthaft befassen**

424 Ausreisepflichtigen ist es theoretisch möglich, einen Härtefallantrag zu stellen. Problematisch hierbei ist, dass viele
425 Betroffene sich im deutschen Paragrafenschwengel nicht auskennen und mangelnde Sprachkenntnisse weitere Hürden
426 darstellen. Ob eine Härtefallkommission eingerichtet wird, entscheidet das Bundesland. Da die Bundesländer nicht dazu
427 verpflichtet sind, eine entsprechende Kommission einzurichten, ist es im Grunde eine politische Entscheidung des
428 jeweiligen Bundeslandes.
429 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert hier klare gesetzliche Regelungen, um nicht Willkür über das
430 Schicksal von Menschen walten zu lassen.
431 In Baden-Württemberg werden nur etwa 250 Härtefallanträge pro Jahr gestellt. Hiervon wird ein Teil überhaupt nicht
432 befasst. Von den übrigen erhalten nur ca. 35% eine positive Auswertung.¹⁰ Ironischerweise haben besonders die
433 Menschen mit Arbeit und einem gewissen Einkommen eine Chance auf einen positiven Härtefallbefund. Es ist also in
434 Baden-Württemberg weniger von einer echten Härtefallkommission zu sprechen, sondern von einer Kommission, die
435 prüft, wer dem Land möglichst wenig „auf der Tasche liegen“ wird. Auf die Wirkung von Härtefallkommissionen hat
436 deren Zusammensetzung maßgeblichen Einfluss. In Baden-Württemberg sitzen neben den VertreterInnen des
437 Innenministeriums und der kommunalen Verwaltung nur zwei kirchliche VertreterInnen und zwei - ebenfalls vom
438 Innenministerium benannte - „Persönlichkeiten des Landes“.¹¹ Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert eine
439 paritätische Besetzung der Härtefallkommission, in der VertreterInnen aus Wohlfahrts- und Sozialverbänden gleich stark
440 vertreten sind wie VertreterInnen der Regierung.
441 Wir gehen außerdem mit dem Flüchtlingsrat konform, der eine „Altfallregelung“ fordert, also ein generelles Bleiberecht
442 für Flüchtlinge, die schon lange hier leben.

443 444 **Resettlement – Ja zum Flüchtlingsschutz!**

445 Wir fordern, Flüchtlinge aus den schwierigen Verhältnissen in den Erstaufnahmestaaten heraus nach Deutschland zu
446 holen. In der Fachsprache wird diese organisierte Aufnahme 'Resettlement' oder 'Neuansiedlung' genannt. Die Idee ist
447 nicht neu. Seit vielen Jahren stellen Staaten wie die USA, Kanada, Schweden, Dänemark oder die Niederlande jährliche
448 Quoten für die Aufnahme von Flüchtlingen bereit. Deutschland ist bislang noch kein Resettlementstaat.
449 Gerade in einem wirtschaftlich starken Land wie Baden-Württemberg besteht aber die moralische Verpflichtung zur
450 Aufnahme von Flüchtlingen. Wir müssen nicht unsere Sicherheit am Hindukusch verteidigen, sondern die Sicherheit
451 der Flüchtlinge aus dem Hindukusch bei uns gewährleisten.

23 10 Tätigkeitsbericht der Härtefallkommission: <http://www.innenministerium.baden-wuerttemberg.de/fm7/1227/T>
24 [%E4tigkeitsbericht%202008.pdf](http://www.innenministerium.baden-wuerttemberg.de/fm7/1227/T/E4tigkeitsbericht%202008.pdf)

25 11 <http://www.innenministerium.baden-wuerttemberg.de/fm7/1227/HFKomVO%20-%20Fassung%201808.pdf>

452 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert, dass Deutschland jährlich ein angemessenes Kontingent von
453 Flüchtlingen aus unhaltbaren und lebensbedrohlichen Situationen rettet und dauerhaft hier integriert. Schon 16 deutsche
454 Kommunen haben sich dazu entschlossen, ein lokales Resettlementprogramm aufzulegen. Das sollte den
455 InnenministerInnen zeigen: Wir können Flüchtlinge aufnehmen! Deshalb unterstützt die GRÜNE JUGEND Baden-
456 Württemberg die Resettlementkampagne Save ME.¹²

460 **IV) Resolution „Die BürgerInnenrechte ernst nehmen“**

461 **a) Polizei im Rechtsstaat**

462
463 Die Polizei ist ein Exekutivorgan unseres Staates. Das bedeutet, dass sie die Interessen des Staates vertritt und
464 durchsetzt. Wir als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg begleiten sie bei dieser Aufgabe kritisch. Einsätze der
465 Polizei müssen an rechtsstaatliche Grundsätze gebunden sein und das Gebot der Verhältnismäßigkeit wahren. Dabei
466 muss die Polizei zu Transparenz und Dialogbereitschaft gegenüber den BürgerInnen bereit sein.

467 **Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen**

468
469 Polizeigewalt ist ein Thema, vor dem man die Augen nicht verschließen darf. Die Vorwürfe, die von Bürgerinnen und
470 Bürgern immer wieder erhoben werden, sind ernst zu nehmen: Übergriffe auf friedliche DemonstrantInnen,
471 Misshandlung von Gefangenen oder Tritte, Schläge und Beleidigungen bei Festnahmen. Dass solche Vorwürfe
472 untersucht werden müssen, sollte in einem Rechtsstaat keine Frage sein und ist auch für eine bürgerInnenfreundliche
473 Polizei selbstverständlich. Es schadet dem Vertrauen in den Staat und seine Polizei- und Ordnungskräfte, wenn die
474 Durchsetzung dieses Rechts aber schon daran scheitert, dass BeamtInnen im Einzelfall individuell nicht zu ermitteln
475 sind. Bei großen Polizeieinsätzen, zum Beispiel bei Demonstrationen, tritt die Polizei den BürgerInnen heute als
476 anonyme Staatsmacht entgegen. Doch gerade wenn es um die Ausübung des Gewaltmonopols geht, sollte staatliches
477 Handeln individuell erkennbar und nachvollziehbar sein. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg setzt sich deshalb
478 für eine Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen ein. Wenn eine namentliche Identifizierung aus Sicherheits- oder
479 Datenschutzgründen nicht angeraten erscheint, ist es möglich, durch leicht merkbare, gut sichtbare Zahlen-, Symbol-
480 und Buchstabenkombinationen und einem Kürzel für das Bundesland eine eindeutige Identifizierung zu ermöglichen.

481
482 Untrennbar verbunden mit unserer Vorstellung von einer bürgerInnenfreundlichen und dialogbereiten Polizei ist auch
483 das Deeskalations- und Kooperationsprinzip bei Demonstrationen. Es ist eine für unsere Demokratie gefährliche
484 Entwicklung, dass kritische BürgerInnen in Deutschland kaum noch auf Demonstrationen gehen können, ohne nicht
485 bereits vorher als „Chaoten“ o.ä. diskreditiert und kriminalisiert worden zu sein. Die GRÜNE JUGEND Baden-
486 Württemberg hält auch höhere Anforderungen für den polizeilichen Einsatz von Filmkameras gegen Demonstrierende
487 für dringend geboten. Denn auch ohne „Gefahr in Verzug“ werden Demonstrationen regelmäßig abgefilmt, ohne dass
488 klar ist, was mit diesem Filmmaterial passiert.

489
490 Eine rechtsstaatlich organisierte Polizei muss sich auch offen der Kritik stellen, wenn Bürgerinnen und Bürger sich bei
491 Einsätzen ungerecht behandelt fühlen oder bei Eingriffen in Freiheitsrechte die Verhältnismäßigkeit in Frage steht. Die
492 GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert deshalb ein wirksames und unabhängiges Beschwerdemanagement in
493 den Polizeibehörden. Es muss eine unabhängige Institution geschaffen werden, die Polizeistrategien evaluiert,
494 Hinweisen auf Fehlverhalten von PolizeibeamtInnen nachgeht und ggf. Ermittlungen einleitet und Empfehlungen
495 hinsichtlich deeskalierender Einsatzstrategien an die Polizei gibt.

497 **Kürzungen bei Waffen statt beim Personal!**

498 Um eine solide und demokratische Polizeiarbeit zu leisten, braucht es viel Personal. Im kommenden Doppelhaushalt
499 2010/2011 jedoch, wird es massive Einsparungen bei den OrdnungshüterInnen des Landes geben. Das führt vor allem
500 zu Personalkürzungen.

501 Fakt ist nämlich, dass im Jahr 2010, 200 Stellen im Vollzug und im Angestelltenbereich abgebaut werden sollen. Fast
502 jede Dienststelle ist von diesen Einsparungen betroffen.

503 · bei der Polizeidirektion Biberach wurden bisher 22 Stellen abgebaut

504 · bei der Polizeidirektion Waldshut-Tiengen 12 Stellen.

505 Die Beamtinnen und Beamten stehen jetzt schon am Rande der Belastbarkeit. Erhöhter Krankenstand und weitere, nicht
506 planbare Ausfälle, verschärfen die Personalsituation. In manchen Dienstzweigen fehlen bis zu 30 % des normalen
507 Bestandes. Dies führt zwangsläufig dazu, dass die BeamtInnen unregelmäßiger und häufiger Dienst verrichten müssen.
508 Bemängelt werden zu kurze Ruhepausen und fehlende Planungssicherheit. So wird zum Beispiel Urlaub in manchen
509 Bereichen nur auf Vorbehalt genehmigt. Ständig steigende Belastungen und fehlende Perspektiven machen den
510 Polizeiberuf immer unattraktiver.¹³

26 12 <http://www.save-me-kampagne.de/index.html>

13 <http://www.schwarzwaelder-bote.de/wm?catId=9271050&artId=14565954&offset=4>

511 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert deshalb:
512 Schluss mit dem Streich- und Einsparungskonzert. Es kann nicht sein, dass das Land Baden-Württemberg an
513 unsinnigsten Großprojekten wie Stuttgart 21 festhält und die Landespolizei in Ausbildung und Personal verkommen
514 lässt.
515 Wir fordern eine bessere Ausbildung der Polizei vor allem im Blick auf Großkundgebungen und Demonstrationen. Die
516 Polizistinnen und Polizisten müssen für ein angepasstes Verhalten und Handeln im Umgang mit DemonstrantInnen
517 angeleitet werden. Ein positives Konfliktmanagement erreicht Mensch nicht mit Quarzhandschuhen, Wasserwerfern,
518 Tränengas und berittenen Pferdestaffeln. Diese werden spätestens dann unnötig, wenn die Polizei in der Lage ist,
519 Konflikte ohne Waffengewalt zu schlichten!
520 Wir fordern deshalb die Abschaffung dieser teuren und mittelalterlichen Polizeitensilien!

523 **b) BürgerInnenrechte in einer modernen Gesellschaft**

524
525 Unsere moderne Gesellschaft ist pluralistisch und offen. Die Neuen Medien stellen in diesem Kontext eine große
526 Chance für unsere Gesellschaft dar. Sie erleichtern die Beschaffung von Informationen und ermöglichen die
527 Kommunikation zwischen Menschen über den ganzen Planeten hinweg. Jedoch ermöglichen sie auch neue Formen der
528 Überwachung - diesen erteilt die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg eine klare Absage!

529
530 Teil 1: Schutz der Bürgerinnen und Bürger und deren Daten

531 532 **Kameraüberwachung stoppen!**

533 Videoüberwachung stellt einen tiefen Einschnitt in die Privatsphäre der BürgerInnen dar. Das Argument der Sicherheit
534 ist scheinheilig. Kameras verlagern nur die Brennpunkte organisierter Kriminalität, Gewalttaten im Affekt haben sie,
535 wie auch die Vergangenheit bewiesen hat, nicht verhindert. An einigen Ausnahmestellen, wie zum Beispiel
536 Bankschaltern, kann eine Videoaufzeichnung sinnvoll sein. Diese muss jedoch strengen Kriterien unterliegen.
537 Auch in Baden-Württemberg ist die zunehmende Überwachung von öffentlichen Plätzen in den letzten Jahren spürbar
538 geworden. In Biberach wollte die Polizei, was ihr das Verwaltungsgericht Sigmaringen untersagte, das alljährlich
539 stattfindende Schützenfest mit Videokameras überwachen. In Ravensburg blickte die Polizei beim dortigen Rutenfest
540 Festbesuchern per Videokamera über die Schulter. Die Stadt Freiburg ließ die Sammelumkleidekabinen eines
541 Hallenbads videoüberwachen. In Sindelfingen wollte man den Eingangsbereich des Krankenhauses und damit alle
542 Besucher und sonstigen Personen, die kommen und gehen, auf Video aufnehmen. Innenminister Heribert Rech träumt
543 von einem Video-Atlas über Baden-Württemberg. Diese Einschnitte in die Privatsphäre sind vollkommen unzulässig!
544 Auch die Ausweitung der Videoüberwachung an Schulen und Hochschulen, wie sie immer wieder in der CDU diskutiert
545 werden, lehnen wir ab. Wohin dies führen kann sehen wir in Leipzig, wo bereits 86 Videokameras an der Hochschule
546 angebracht wurden.
547 Es ist unverantwortbar, dass Universitäten ihr Personal und ihre Studierenden überallhin mit der Kamera folgen können.
548 Universitäten sollen nicht zu Hochsicherheitstrakten werden! Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Baden-
549 Württemberg, dass Schulen und Universitäten überwachungsfreie Zonen werden müssen.
550 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert:

- 551 • Den sofortigen Stopp von Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen und Einrichtungen!
- 552 • An Plätzen, an denen Videoüberwachung sinnvoll sein kann (wie Bankschalter), muss die Videoüberwachung
553 gekennzeichnet sein. Die Aufnahmen müssen nach einem Vierteljahr gelöscht werden.

554 555 **Landesweite SchülerInnendatei des Kultusministeriums**

556 Das Kultusministerium plant die Einführung eines komplexen EDV-Verfahrens zur Verarbeitung einer Vielzahl
557 personenbezogener Daten von Schülerinnen und Schülern, deren Erziehungsberechtigten sowie von Lehrerinnen und
558 Lehrern. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Projekts "E-Stat" ist eine landesweite zentrale SchülerInnendatei. In dieser
559 Datei sollen Daten aller SchülerInnen in Baden-Württemberg zukünftig vom Kultusministerium zentral erfasst werden.
560 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg lehnt dieses Vorhaben entschieden ab! Der Daten-Sammelwut der
561 Behörden muss das Recht auf informationelle Selbstbestimmung entgegengesetzt werden!
562 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert:
563 Die Zuständigkeit zur Verarbeitung der Daten muss den Schulen überlassen bleiben! Eine zentrale SchülerInnendatei,
564 auf die das Land Zugriff hat, darf und muss es nicht geben!

565 566 **Abschaffung und Einschränkung des Datenhandels**

567 Ein neuer Geschäftszweig, der sich erst in den letzten Jahren durch zunehmende Elektrifizierung entwickelt hat: der
568 Datenhandel. Niemand ist davor sicher. So ist es möglich, dass durch den Einkauf mit Pre-Paid-Karten genaue
569 Kundenprofile erstellt werden können, die nur dazu dienen, um die Werbung immer individueller zu gestalten. Auch
570 gibt es viele Verlosungen, die nur einem Zweck dienen: dem Weiterverkauf der Daten der TeilnehmerInnen. Ganze
571 Firmen haben sich mittlerweile nur dem Weiterverkauf von Daten verschrieben.
572 Aber nicht nur im privaten Bereich ist der Datenhandel mittlerweile Gang und Gebe. Bereits in der Vergangenheit hat

573 die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg dem Datenhandel eine klare Absage erteilt. Darüber hinaus fordern wir aber
574 eine rigorose Aufklärung über die Weitergabe von Daten und bessere Möglichkeiten für die Bürger sich zu informieren.
575 Bei der Frage des Kaufs der Steuerdaten-CD hält die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg das Handeln der schwarz-
576 gelben Landesregierung allerdings für eine falsche Entscheidung. Es kann nicht sein, dass unter dem Deckmantel des
577 Datenschutzes Steuerhinterziehung begünstigt wird.

578 **Vorratsdatenspeicherung und ELENA**

579 In Deutschland werden alle Handy- und Internetdaten bis zu sechs Monaten gespeichert, d.h. jede Internetseite, die eine
580 Person innerhalb der letzten sechs Monate aufgerufen hat, kann auf der Bundesdatenbank eingesehen werden. Dies ist
581 ein massiver Eingriff in die Bürgerrechte und wurde vom damaligen Innenminister Schäuble (CDU) als Maßnahme zur
582 „Sicherheit und Terrorismusbekämpfung“ eingeführt. Bisher wurde noch kein einziger Terrorist durch die
583 Vorratsdatenspeicherung gefasst, nicht einmal für die Bekämpfung herkömmlicher Kriminalität hat die
584 Vorratsdatenspeicherung etwas genützt. Sogar das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die
585 Vorratsdatenspeicherung in der aktuellen Ausführung verfassungswidrig ist.¹⁴ Fast 70 Prozent der Bundesbürger lehnen
586 die Vorratsdatenspeicherung ab.¹⁵ Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert deshalb die Abschaffung der
587 Vorratsdatenspeicherung in Deutschland.

588 Eine weitere Beschneidung der Bürgerrechte wurde durch das Gesetz über den elektronischen Entgeltnachweis
589 (ELENA) geschaffen. Dieses dient dazu, persönliche Daten der Bürgerinnen und Bürger, darunter Fehlzeiten bei der
590 Arbeit, Einkommen, Steuerfreibeträge usw. zu speichern und unter den daran teilnehmenden Unternehmen zu
591 verbreiten. Der einzige Nutzen des ELENA- Verfahrens ist der Bürokratieabbau. Die GRÜNE JUGEND lehnt das
592 ELENA- Gesetz ab, da die reine Bürokratieeinsparung niemals eine solche BürgerInnenrechtseinschränkung
593 rechtfertigen kann. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert also die Abschaffung des ELENA- Gesetzes und
594 zusätzlich bessere und strengere staatliche Richtlinien für den Umgang mit persönlichen Daten.

595

596 Teil 2: VerbraucherInnenschutz

597

598 **NichtraucherInnenschutz**

599 Die ursprüngliche Fassung des LandesnichtraucherInnenschutzgesetzes von 2007 stellte einen erheblichen Eingriff in
600 die Rechte von GastwirtInnen und RaucherInnen dar. Nachdem das Bundesverfassungsgericht das Gesetz stoppte,
601 wurden 2009 einige Änderungen eingefügt, die die notwendige Austarierung zwischen dem Schutz von
602 NichtraucherInnen, dem ökonomischen Interesse von GastwirtInnen, Genuss von Tabakwaren und nicht zuletzt dem
603 Schutz von ArbeitnehmerInnen Folge leisteten. Wir begrüßen die grundsätzliche Entscheidung, in Gaststätten mit
604 warmen Speisen sowie Kneipen über 75 qm Fläche mit Nebenraum, getrennte RaucherInnen- und
605 NichtraucherInnenräume einzuführen. Wir halten die Regelung für sinnvoll, in Diskotheken RaucherInnenräume
606 einzurichten, die Tanzfläche aber als NichtraucherInnenraum zu gewährleisten. Ebenso begrüßen wir die Entscheidung,
607 GastwirtInnen mit Kneipen unter 75 qm und ohne Nebenraum freizustellen, ihre Kneipe rauchfrei oder nicht zu
608 deklarieren. Dies gewährleistet unseres Erachtens nach den Schutz der NichtraucherInnen sowie die Möglichkeit, dem
609 Rauchen auch beim Ausgehen weiterhin nachgehen zu können.

610

611 **Für eine aufgeklärte Drogenpolitik**

612 Die derzeitige Drogenpolitik ist geprägt durch repressive Gesetze und Kriminalisierung von KonsumentInnen und
613 Abhängigen. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg setzt dagegen auf eine rationale und aufgeklärte
614 Drogenpolitik, die auf den Dreiklang aus Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung setzt.

615 Es ist eine falsche und gefährliche Entwicklung, dass die Finanzierung von Präventionsarbeit und Drogenhilfe in
616 Baden-Württemberg in den letzten Jahren immer weiter zurückgefahren wurde. Wir brauchen zukünftig ein komplexes
617 und differenziertes Konzept zum Umgang mit Abhängigkeit, das Aufklärung und Prävention sowie Hilfsangebote mit
618 sozialer und therapeutischer Unterstützung an erste Stelle setzt. Wenn der verantwortungsvolle Umgang mit allen
619 Drogen das Ziel ist, dann ist die Kriminalisierung von KonsumentInnen der falsche Weg. In Baden-Württemberg sitzen
620 18,8 Prozent aller Strafgefangenen wegen dem Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz ein. In den meisten Fällen
621 sind dies Bagatelldelikte.¹⁶ Wenn Verbote und Strafvollzug nicht mehr im Vordergrund stehen, gibt es Raum und Geld
622 für effektive Hilfe. Zugleich verabschiedet sich die Politik damit endlich von der Illusion einer „abstinenten
623 Gesellschaft“. In einem ersten Schritt wollen wir deshalb bei sogenannten „weichen“ Drogen wie Cannabis unter
624 Berücksichtigung des Jugendschutzes eine legale Abgabeform durch öffentlich-rechtliche Vergabestellen ermöglichen,
625 die in Modellversuchen erprobt werden sollte. Zudem setzen wir uns für eine großzügige Auslegung der "geringen
626 Menge"¹⁷ ein. Überzogene Führerschein-Sanktionen lehnen wir ebenfalls ab: Wer nicht berauscht am Straßenverkehr
627 teilnimmt, sollte den Führerschein nicht verlieren.

628 Die Verbotскеule in der Drogenpolitik hat in den vergangenen Monaten besonders beim Alkohol zugeschlagen: In
629 einigen Städten wurden Alkoholverbots-Zonen ausgewiesen und die schwarz-gelbe Landesregierung hat ein nächtliches

27 14 Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 2010.

28 15 <http://www.vorratsdatenspeicherung.de/images/infas-umfrage.pdf>.

29 16 <http://www.justizministerium.baden-wuerttemberg.de/servlet/PB/menu/1191481/index.html?>

30 [ROOT=1153239](http://www.justizministerium.baden-wuerttemberg.de/servlet/PB/menu/1191481/index.html?ROOT=1153239)

31 17 Als „geringe Menge“ bezeichnet man die straffrei gestellte Menge von Cannabis zum Eigenverbrauch

630 Verkaufsverbot von Alkohol an Tankstellen beschlossen. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg lehnt diese
631 Maßnahmen ab: Placebo-Politik nach dem Motto „Aus den Augen aus dem Sinn“ ist keine nachhaltige Strategie, um
632 einen mündigen Umgang mit Drogen wie dem Alkohol zu erreichen. Komasaufen, alkoholbedingte Gewaltdelikte und
633 Alkoholmissbrauch sind keine reinen „Jugendprobleme“, wie es in der aktuellen Debatte fälschlicherweise suggeriert
634 wird. Vielmehr muss die Droge Alkohol und der gesamtgesellschaftliche Umgang mit ihr grundsätzlich betrachtet und
635 diskutiert werden.